

Fussgängerzone: Gemeinderat wehrt sich gegen Fritschis Entscheid

Thun Der Gemeinderat erachtet die Verfügung von Regierungsstatthalter Marc Fritschi in Sachen Fussgängerzone als «nichtig». Der Regierungsrat soll den Entscheid deshalb aufheben.

Franziska Streun und
Gabriel Berger

Anfang April hat Regierungsstatthalter Marc Fritschi für die Fussgängerzone in der Thuner Innenstadt ein allgemeines Fahrverbot und einen auf den Vormittag beschränkten Warenumschlag verfügt. Der Entscheid hat einigen Staub aufgewirbelt, ist aber noch nicht rechtskräftig (wir berichteten). Es läuft wie gewohnt eine 30-tägige Beschwerdefrist – sowohl zum Entscheid an und für sich als auch zum Entzug der aufschiebenden Wirkung, den Fritschi verfügt hat. Dem Thuner Bauvorsteher Konrad Hädener (CVP) war besonders Letzteres ein «Dorn im Auge», wie er in dieser Zeitung festhielt. Es würde bedeuten, dass die Stadt die Signalisation an den Eingängen zur Fussgängerzone bereits in wenigen Wochen ändern müsste.

Gestern hat der Gemeinderat nun mitgeteilt, dass er Fritschis Entscheid anfechten wird. «Wir werden unsere beschlossene Beschwerde behandeln und innert der Beschwerdefrist von 30 Tagen beim Regierungsrat einreichen», ist weiter zu lesen.

«Qualifiziert fehlerhaft»

Die Regierung sei nach sorgfältiger Prüfung zum Schluss gekommen, «dass der Statthalter für einen solchen Entscheid nicht zuständig ist». Zudem seien wesentliche Grundsätze wie etwa das Gewähren des rechtlichen Gehörs verletzt worden. Aus Sicht des Gemeinderats ist Fritschis Entscheid deshalb «qualifiziert fehlerhaft» und damit «nichtig». Damit nicht genug: Die Stadt pocht darauf, dass sie hinsichtlich Verkehrsmassnahmen über einen gewissen Spielraum verfügt. «Die Tatsache, dass das kantonale Tiefbauamt den Verkehrsmassnahmen als zuständige Aufsichtsbehörde der Gemeinden im Bereich der Strassengesetzgebung zugestimmt hat, zeigt, dass



Wenn es nach dem Statthalter geht, muss in der Fussgängerzone ein Fahrverbot für alle gelten. Die Stadt wehrt sich dagegen. Foto: Marco Zysset

sich die Stadt im Rahmen dieses Spielraums bewegt», heisst es in der Mitteilung. Fritschis Anordnungen würden daher die Gemeindeautonomie verletzen.

«Für sein Tätigwerden als Aufsichtsbehörde fehlen jedoch mehrere Voraussetzungen, wie zum Beispiel rechtswidriges Handeln der Gemeindeorgane, ernsthafte Störung oder Gefährdung der ordnungsgemässen Verwaltung», ist weiter zu lesen. Überdies sei die Weisung Fritschis, die Signalisation der Fussgängerzone bis zum 25. April anzupassen, wegen der knappen Fristen gar nicht umsetzbar. Die geforderte Änderung müsste neu publiziert und mit dem Tiefbauamt abgesprochen werden. «Eine Änderung ohne Publikation würde allen Betroffenen

die Rechtsmittel absprechen», ergänzt **Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP)** auf Anfrage.

Ball beim Regierungsrat

Als nächste Instanz wird sich der Regierungsrat um die Causa Fussgängerzone kümmern müssen. Bis die Kantonsregierung über den allfälligen Entzug der aufschiebenden Wirkung befunden hat, «gilt das bestehende Verkehrsregime in der Innenstadt unverändert», betont **Lanz**. Das heisst: «Wir setzen den für ein Jahr vorgesehenen Probetrieb, der am 12. November begonnen hat, unverändert fort. Unser Ziel bleibt, diesen wie vorgesehen am 11. November abzuschliessen und danach zu evaluieren, ob und was noch geändert und optimiert wer-

den soll», betont der **Stadtpräsident**. «Wir tun und ändern nichts, bis die neu zuständige Instanz einen Entscheid gefällt hat.»

Fritschi sieht es anders

Auf Anfrage nennt Statthalter Marc Fritschi für seinen Entscheid vom 4. April den Verkehrs-Club VCS als Auslöser. Dieser sei in seinem Anliegen, die Warenanlieferung auf den Vormittag zu beschränken, für eine Beschwerde nicht legitimiert. «Als Aufsichtsbehörde habe ich aber abgeklärt, ob in der Fussgängerzone zu viele Ausnahmen gesprochen worden sind.» Eine Fussgängerzone sei eine Fussgängerzone. «Wenn diese aber für eine Fahrzeugkategorie generell freigegeben ist, widerspricht sie der eidgenössischen

Signalisationsverordnung», bringt Fritschi seine Haltung auf den Punkt. Die erforderliche Vorprüfung durch den Oberingenieurkreis I sei zwar erfolgt, aber die Gesetzesauslegung zum Rechtsschutz für die Bürger erfolge nicht in dieser Vorprüfung.

«Sorgfältig abgewogen»

Fritschi wehrt sich gegen den Vorwurf der Stadt, wonach er in die Gemeindeautonomie eingreife. «Es ist meine Pflicht, zu reagieren, wenn Bundesrecht nicht eingehalten wird.» Er habe sich seinen Entscheid nicht leicht gemacht, sondern ihn sorgfältig abgewogen und getan, was er für nötig erachte. Er vermute, dass die Stadt in den zahlreichen Verhandlungen die Zielsetzung und

die gesetzlichen Vorgaben für eine Fussgängerzone aus den Augen verloren habe.

Den Vorwurf der Stadt, dass die Frist, um die Signalisation für das neue Veloverbot und die lediglich auf den Vormittag beschränkten Anlieferzeiten zu ändern, zu knapp sei, lässt er nicht gelten. Die Signalisation wäre rasch angepasst. «Zwar wäre es korrekt, wenn die Stadt meine geforderten Änderungen publiziert, damit eine Missachtung gebüsst werden kann», sagt der Statthalter. «Aber es können ohnehin nur Anwohner, Anstösser und Geschäftsinhaber Beschwerde einreichen – und auf deren Bedürfnisse kann die Stadt mit einer individuellen Jahresbewilligung eingehen», sagt Fritschi. «Ich bedaure, dass der Gemeinderat mit seiner Beschwerde die Rechtsunsicherheit verlängert – aber das ist sein gutes Recht.»

Kein rechtliches Gehör

Der **Stadtpräsident** sieht es trotzdem anders als der Statthalter. «Ich schätze Marc Fritschi persönlich, doch hier teile ich seine Rechtsauffassung nicht.» Erstens habe die zuständige kantonale Behörde Ja zu diesem Kompromiss gesagt, der eine praktikable Lösung eines Jahrzehnte andauernden Prozesses darstelle und zudem auch den rechtlichen Vorgaben entspreche. «Zweitens gibt es beispielsweise mit Interlaken und Visp zwei Städte, die in ihrer Fussgängerzone ebenfalls kein Veloverbot kennen und zudem eine Anlieferung während 24 Stunden ermöglichen», betont **Raphael Lanz**. Und drittens: «Selbst wenn Marc Fritschi recht hätte, pickt er einen Einzelaspekt aus dem Gesamtkompromiss heraus und verfügt aus heiterem Himmel eine Anordnung, die niemand gefordert hat. Dabei gibt er uns vorgängig nicht einmal das rechtliche Gehör und damit die Gelegenheit, Stellung zu nehmen.»

Nachrichten

«In croce»: Gedanken über das Kreuz

Thun Die Kirchgemeinde Thun-Stadt lädt am morgigen Karfreitag um 10 Uhr zu einem besonderen Gottesdienst in die Stadtkirche ein. Die Cellistin Brigitt Sahi-Egmann und Babette Mondry (Orgel) verkünden die Karfreitagsbotschaft mit dem berührenden Werk «In croce» von Sofia Gubaidulina. Für die Liturgie ist Pfarrerin Margrit Schwander verantwortlich. (pd/mi)

Scheidegger übernahm die Geschäftsführung

Thun Anfang Monat hat Beat Scheidegger die Geschäftsführung der Coop-Verkaufsstelle in Steffisburg übernommen. Der 51-jährige war zuletzt stellvertretender Geschäftsführer im Coop Schönbühl Center. Er ist seit beinahe 25 Jahren für Coop im Einsatz. (pd/mi)

Allmendstrasse: Bauarbeiten schränken Verkehr ein

Thun Ab kommender Woche müssen Automobilisten wegen der Sanierung der Allmendstrasse Wartezeiten oder Umwege in Kauf nehmen.

Ende März begann die Stadt mit den Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung der Allmendstrasse im Abschnitt Waldeck bis zum Kreisel bei der Kehrrechtverbrennungsanlage (wir berichteten). Vom 23. April bis 23. Juni werden nun neue Fernwärmeleitungen verlegt. «Dazu muss die Stadt Thun die Verkehrsführung anpassen», wie sie in einer gestern versandten Medienmitteilung schreibt.

Im Baustellenbereich wird der Verkehr einstreifig wechselseitig geführt und mit Lichtsignalanlagen geregelt. Das Lerchenfeldquartier bleibt ab der Allmendstrasse über die Lerchenfeldstrasse erreichbar. Velofahrenden empfiehlt die Stadt den Zugang über die

Feuerwerkerstrasse. «Die Ausfahrt aus dem Lerchenfeldquartier in die Allmendstrasse wird



Nach Ostern wird die Verkehrsführung auf der Allmendstrasse wegen der anstehenden Sanierungsarbeiten angepasst. Foto: Patric Spahni

für den Individualverkehr gesperrt», heisst es in der Mitteilung weiter. Die Verkehrsteilneh-

menden würden über die Uttigen- und die Bruggstrasse (Gmd. Uetendorf) umgeleitet.

Flugplatz und Sportanlagen aus Thierachern erreichbar

Die Einmündung der Flugplatz- in die Allmendstrasse wird vorerst für beide Fahrtrichtungen gesperrt. Ab dem 3. Juni kann von der Allmend- wieder in die Flugplatzstrasse abgelenkt werden. «Der Flugplatz und die Sportanlagen sind stets über die Flugplatzstrasse aus Thierachern erreichbar», schreibt die Stadt.

Für Fussgänger bleiben im Baustellenbereich derweil in alle Richtungen Gehwege offen. Die STI-Busse verkehren auf den ursprünglichen Routen mit den bekannten Haltestellen. (pd)

ANZEIGE

Verbessern Sie Ihr **Englisch** mit **THUNER TAGBLATT**

Es ist einfach! Probieren Sie es kostenlos aus!

Für Abonnenten:
1 Monat gratis

Für Nicht-Abonnenten:
2 Wochen kostenlos

gymglisch

gymglisch.thunertagblatt.ch

Ein 15-minütiger Kurs pro Tag, um Ihr Englisch zu verbessern!

Try It Now!

Do you speak English?

Foto: ©Designed by Freepik